

Weshalb die EU für ihre strategische Autonomie das Potenzial des Westbalkans nutzen sollte

Die Staaten des westlichen Balkans tragen schon heute entscheidend zur europäischen Sicherheitsarchitektur bei. Laut dem „Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030“ soll Europa bis Ende des Jahrzehnts kriegstüchtig sein. Der Westbalkan birgt hier großes Potenzial.

FS

Frauke Seebass

03. Dezember 2025



Frauke Seebass plädiert dafür, die Integration von EU-Beitrittskandidaten und deren Potenzial für die Rüstungsproduktion zusammen zu denken. (SWP Brüssel)

Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien waren lange vor allem Empfänger von Stabilisierungsmaßnahmen. Seit einigen Jahren leisten sie jedoch selbst wichtige Beiträge zur europäischen und transatlantischen Sicherheit. Die Studie „*Europe’s Overlooked Allies: Why the Western Balkans Matter for EU Defence Readiness*“ der griechischen Denkfabrik ELIAMEP liefert ein starkes Plädoyer: Die Staaten des Westbalkans können zentrale Säulen eines neuen, vernetzten europäischen Sicherheitsverbunds werden.

Fast alle Westbalkanstaaten werden 2025 mehr als 2 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben. Sie setzen dabei einen beachtlichen Anteil auf Ausrüstung und Modernisierung. Viele Länder haben bereits heute verteidigungsindustrielle Fähigkeiten, insbesondere in der Produktion von Munition, gepanzerten Fahrzeugen oder Drohnen – zu deutlich geringeren Kosten als in westeuropäischen Staaten.

Zugleich liegt die Region strategisch günstig: Transitkorridore, Dual-Use-Infrastruktur und Militärmobilitätsrouten machen den Balkan logistisch essenziell. Alle Länder leisten bereits wichtige Unterstützung zu Bewaffnung, Ausrüstung und Training der ukrainischen Armee und stellen Personal für internationale Friedensmissionen, auch der EU. Deutschland diskutiert derzeit intensiv über Verteidigungsinvestitionen, Verknüpfung von Industrie und Sicherheit sowie die Rolle der EU in globalen Konflikten. Dabei setzt Berlin im Rahmen der EU auf „mehr Europa in der Verteidigung“: mehr europäische Produktion, bessere Interoperabilität und strategische Logistik über Grenzen hinweg.

In all diesen Bereichen haben die Westbalkanstaaten bereits wichtige Fortschritte gemacht. Sie könnten zukünftig kritische Lücken schließen, wenn die entsprechenden Weichen jetzt gestellt werden. Wenn Beitrittsländer zur europäischen Stabilität beitragen sollen, müssen sie auch Zugänge zu EU-Verteidigungsinitiativen erhalten – ein Perspektivwechsel, den Deutschland als wichtigster Partner und Investor in der Region aktiv mitgestalten kann.

Um echte strategische Autonomie für Europa zu erreichen, muss die EU einen stärker auf Synergien ausgerichteten Ansatz verfolgen. Und die Beiträge der Westbalkanstaaten im Verteidigungsbereich als Anreiz für eine beschleunigte Integration in die Union nutzen. In diesem Zusammenhang sind eine vollständige Angleichung an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Verbesserungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit ebenso wichtig wie der materielle Beitrag der Region.

In Konfliktszenarien ist zudem Mobilität entscheidend. Deutschlands Logistik-, Transport- und Infrastrukturpolitik muss stärker darauf ausgerichtet sein, Routen über den Balkan offen, robust und mit ziviler und militärischer Nutzung kompatibel zu gestalten. Albanien und Nordmazedonien etwa investieren erhebliche Mittel in den Aufbau der Straßen- und Schieneninfrastruktur im Rahmen des paneuropäischen Verkehrskorridors VIII. Eine strategische Verkehrsverbindung, die durch Nordmazedonien führt und die Adria am Hafen von Durrës in Albanien mit dem Schwarzen Meer am Hafen von Varna in Bulgarien verbinden soll. Dabei sind sie auf Kredite angewiesen, da sie als Beitrittskandidaten nur geringe EU-Mittel erhalten.

Serbien und Bosnien-Herzegowina verfügen über vielfältige Produktionskapazitäten für Munition und Artillerie. Diese können mit europäischen Investitionen und Eingliederung in gemeinsame Lieferketten schnell ausgebaut werden. Auch als Standorte für neue Technologien wie günstige Drohnen ist die Region gut geeignet. Albanien, Nordmazedonien und Montenegro unterstützen die Nato bereits mit wichtigen Luftwaffen-, Marine- und Trainingsstandorten.

Serbien nimmt eine Sonderrolle ein. Wegen der nach wie vor engen Verbindungen zu Russland, auch im Sicherheitsbereich. Hier können klare rote Linien und eine engere Einbindung in die europäische Verteidigungsarchitektur als zentrale Hebel dienen, auch um die europäische Integration insgesamt zu beschleunigen und dem Anspruch gerecht zu werden, keine weiteren Grauzonen in Europa zu dulden. Schließlich sollte auch Kosovo trotz fehlender Anerkennung durch einige EU- und Nato-Staaten stärker integriert werden – zumal es sich ebenso wie die drei Nato-Staaten vollständig der GASP und den Russlandsanktionen angeschlossen hat.

Für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur bedarf es eines Paradigmenwechsels in Berlin und Brüssel. Nicht mehr nur die großen Staaten, sondern auch „kleinere“ Partner wie Albanien, Nordmazedonien oder Bosnien-Herzegowina können gemäß ihrer Kapazitäten zu Ecksteinen eines resilienten europäischen Sicherheitssystems werden. Dazu müssen Politik, Unternehmen und Zivilgesellschaft aktiv eingebunden und Investitionen strategisch ausgebaut werden.

Vertiefte Integration kann auch die Widerstandsfähigkeit und Optimierung von Lieferketten verbessern. Und gemeinsame Projekte und Beschaffungen zum beiderseitigen Vorteil stärken. Gemeinsame Übungen und politischer Austausch fördern Kapazitätsaufbau, eine gemeinsame europäische Militärkultur und die notwendigen Standards für eine umfassende operative Zusammenarbeit. Wenn das gelingt, kann Europa gleich zwei zentrale geopolitische Ziele erreichen – eine tiefere Integration und mehr strategische Autonomie. Für Deutschland bedeutet das: Wer in Europas Sicherheit investieren will, kann es nicht allein tun – und sollte gerade jetzt die Chance nutzen, Brücken statt Mauern zu bauen.

Frauke Seebass ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Initiative „think nea – New Narratives of EU Integration“ der Hellenic Foundation for European & Foreign

Policy (ELIAMEP) und derzeit zudem Gastwissenschaftlerin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Brüssel.

Letzte Aktualisierung: 03. Dezember 2025

EU-Erweiterung

Balkan

SWP

Europäische Verteidigung

Verteidigung

Verteidigungsindustrie